

Sinn, Gerlinde; Sinn, Hans-Werner

Article

Vorsprung verspielt Eine Anmerkung zum 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Sinn, Gerlinde; Sinn, Hans-Werner (2010) : Vorsprung verspielt Eine Anmerkung zum 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 63, Iss. 19, pp. 10-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164868>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

20 Jahre politische Vereinigung sind Anlass zum Jubeln, 20 Jahre falsch konzipierte Wirtschaftspolitik Anlass zum Grübeln. Das Primat der Politik gegenüber den ökonomischen Gesetzen führte bei der Vereinigungspolitik zu absehbaren Problemen. Jetzt wollen viele die Dinge schönreden. Aber wo endet ein Land, das nicht einmal in der Lage ist, die Realität zu erkennen?

Oft wird darauf hingewiesen, dass in den neuen Ländern das BIP pro Kopf bei 73% des Westniveaus angekommen ist. Das stimmt zwar, gibt aber ein verzerrtes Bild. Der Einschluss Westberlins und der mit westlichen Steuergeldern aufgeblähten Löhne der Staatsbediensteten suggerieren mehr Konvergenz, als wirklich stattfand. Das privat erzeugte BIP pro Einwohner auf dem Gebiet der Ex-DDR liegt heute bei gerade mal 65,8% des Niveaus von Westdeutschland inklusive Westberlin.

Hinter den Zahlen verbirgt sich ein Strukturwandel, der durch ein Wachstum der Industrie, insbesondere im Hochtechnologiebereich, bei gleichzeitiger Schrumpfung der überdimensionierten Bauwirtschaft gekennzeichnet ist. Das kann man als Pluspunkt anführen. Eine gesunde Wirtschaft verfügt aber nicht nur über innovative Wirtschaftszweige, sondern brummt in der Fläche, auch bei tausenden von einfacheren Tätigkeiten, die sich weniger für Hochglanzbroschüren eignen. Die 65,8% sind nun einmal eine Aggregatzahl, die alles zusammen erfasst. Und selbst diese Zahl gibt ein übertrieben optimistisches Bild, weil sie zu etwa 60% lokale Dienstleistungen enthält, deren Preise aufgrund einer durch Westtransfers künstlich erhöhten Nachfrage zustande kamen.

Leider ist die anfangs rasche Konvergenz bereits vor eineinhalb Jahrzehnten zum Stillstand gekommen, als viele Förderprogramme eingestellt wurden. Die geringfügige Erhöhung, die beim Vergleich der Pro-Kopf-Größen seit dieser Zeit zu verzeichnen war, ist allein durch die Verringerung der Zahl der Köpfe im Osten entstanden. Die ostdeutsche Bevölkerung

ging seit Öffnung der Grenzen um etwa 2,3 Millionen zurück. Von dem Rückgang sind über 1,7 Millionen, also etwa 10% der Bevölkerung, auf innerdeutsche Wanderungsprozesse zurückzuführen. Noch in den Jahren seit 1995 schrumpfte die Bevölkerung um mehr als 1,1 Millionen oder etwa 7 1/2%. Währenddessen waren die Wachstumsraten des BIP für beide Landesteile praktisch identisch und verharren gemeinsam auf dem zweitniedrigsten Niveau in ganz Europa bis hin zum Ural.

Eine starke Konvergenz ist bislang nur bei den Realeinkommen zu verzeichnen, die sich aus selbst verdientem Einkommen und staatlichen Transfereinkommen zusammensetzen. Die ostdeutschen Realeinkommen liegen nach Schätzungen des ifo Instituts im Schnitt nun schon bei etwa 85% des Westniveaus. Die realen gesetzlichen Renten liegen gar bei 126%. Aber dies ist das Ergebnis der Transferunion, die man geschaffen hat. Knapp 1,2 Billionen € sind bislang in die neuen Bundesländer geflossen, die Transfers nach Ostberlin noch nicht gerechnet. Ein Sechstel davon wurde durch den Soli finanziert. Der weitaus überwiegende Teil kam zustande, indem der Westen den Gürtel enger geschnallt und die öffentliche Verschuldung nach oben katapultiert hat. Noch heute liegen die jährlichen Nettotransfers an die neuen Länder ohne Ostberlin in der Größenordnung von 60 Mrd € im Jahr.

Grotesk ist, dass von diesen 60 Milliarden zuletzt die Hälfte wieder als Nettokapitalexport aus den neuen Ländern herausfloss. Offenbar sind die Standortbedingungen nicht so, dass das Geld vor Ort investiert werden kann.

Der entscheidende Grund für die ganze Misere liegt in den anfänglichen Fehlern der Lohnpolitik. Die westdeutschen Konkurrenten der ostdeutschen Betriebe und der ostdeutschen Arbeitnehmer hatten mit Billigung der Politik noch vor der Privatisierung die Weichen für eine rasche Lohnangleichung gestellt, indem sie sich selbst zu Verhandlungspartnern in den

neuen Ländern erklärten. Es galt, die Japaner und all die anderen potentiellen Investoren aus dem Ausland abzuwehren, die schon in den Startlöchern saßen. Die Treuhandanstalt, die ja eigentlich das ehemals volkseigene Vermögen vor der Entwertung durch Lohnsteigerungen hätte schützen müssen, sah dem verantwortungslosen Treiben tatenlos zu.

Nach der Privatisierung versuchten sich die ostdeutschen Unternehmen von den Fesseln der Tarifbindung zu befreien, aber das war ein schwieriger und langwieriger Prozess, weil es Nachwirkungsfristen gab und weil Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe im Gefolge der frühen Tariflohnanhebung hohe Lohnuntergrenzen einzogen. Im Übrigen tat die Politik das Ihre, diese Lohnuntergrenzen durch eine Angleichung der Sozialsysteme zu erhöhen. Erst die Agenda 2010 hat im Jahr 2004 eine Kehrtwende bei der Lohnentwicklung herbeigeführt, indem die Existenzsicherung in Deutschland ein Stück weit vom Lohnersatz auf den Lohnzuschuss umgestellt wurde.

Aber da war es bereits zu spät, weil inzwischen die anderen Länder des ehemaligen Ostblocks in die EU integriert waren und die besseren Standortbedingungen boten. Der Vorsprung von 13 Jahren, den die neuen Länder bei der Integration in die Westmärkte hatten, wurde durch die deutsche Lohn- und Sozialpolitik leichtfertig verspielt. Kein Wunder, dass Slowenien die neuen Länder beim Kaufkraftwert des privat erzeugten BIP pro Einwohner schon erreicht hat und Tschechien gerade zum Überholvorgang ansetzt. Mehr und mehr osteuropäische Länder werden wohl in den kommenden Jahren an den neuen Bundesländern vorbeiziehen.

Gerechtfertigt wurde die Lohndrängelei mit dem Hinweis auf die Abwanderungsgefahr. Aber ein gewisses Maß an frühzeitiger Abwanderung wäre keine Gefahr gewesen, sondern geradezu ein Segen. Selbst unter günstigen Voraussetzungen konnte niemand damit rechnen, dass schon in kurzer Zeit genug neue Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer der neuen Länder hätten geschaffen werden können. Was sollten die arbeitslosen Arbeitnehmer, die man im Osten halten wollte, eigentlich bis zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft dort tun? Eine temporäre Beschäftigung im Westen wäre sicher besser gewesen als das Warten und Däumchendrehen im Osten, das die Politik mit ihren Sozialtransfers, die zu Bleibepremien mutierten, induziert hatte.

Ohne den Westeinfluss auf die Löhne wären die Investoren in Scharen gekommen, hätten Arbeitsplätze geschaffen und hätten die Löhne sehr rasch erhöht, ähnlich wie man es in anderen Niedriglohnländern, die in die EU integriert wurden, hat beobachten können. Vermutlich wären die Löhne in den neuen Ländern heute höher, und sicherlich gäbe es sehr viel mehr Arbeitsplätze. Eine nachlaufende Lohnent-

wicklung, die politisch möglich gewesen wäre, wenn sie von einer Beteiligung der neuen Bundesbürger an ihrem ehemaligen volkseigenen Vermögen begleitet worden wäre, hätte eine höhere Wachstumsrate und schließlich auch ein höheres Niveau der Löhne ermöglicht. Viele Arbeitnehmer wären wieder zurückgewandert, so dass es heute per saldo mehr Einwohner in den neuen Ländern gäbe.

Drehtüren blockieren, wenn man drängelt. Nur wer geduldig ist, kommt ans Ziel. Da hilft auch das dumme Gerede vom Primat der Politik nicht im Geringsten.